

KOMMENTAR

Martin Rothermel

LkSG

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

LkSG
Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
Kommentar

von
Dr. Martin Rothermel
München

chmedien Recht und Wirtschaft | dfv Mediengruppe | Frankfurt a
Main

Alle im Buch verwendeten Begriffe verstehen sich geschlechterneutral. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet – entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8005-1804-3

dfv Mediengruppe

© 2022 Deutscher Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht und Wirtschaft,
Frankfurt am Main

www.ruw.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes

ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satzkonvertierung: Lichtsatz Michael Glaese GmbH, 69502 Hemsbach

Druck und Verarbeitung: Druckerei Hachenburg · PMSGmbH, 57627 Hachenburg

Vorwort

Dieses Buch ist in dem Bemühen entstanden, möglichst rasch nach dem Erscheinen des Entwurfs der Europäischen Richtlinie und in akzeptabler Zeit nach Veröffentlichung und vor Inkrafttreten des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, eine Auseinandersetzung mit der Materie anzubieten.

Zudem wird versucht, die umfangreichen Materialien und Quellen für die Anwendung des deutschen Gesetzes zu erfassen, zu verkürzen und in einem Buch wiederzugeben. Es handelt sich dabei um das Gesetz (mit Änderungskennung), dessen Begründung und seine Änderungsbegründung sowie das Relevante (nach Verständnis des Verfassers) des in Bezug genommenen Soft Law. Das Gesetz verweist dazu in seiner Anlage auf etwa 300 Seiten sowie in seiner Begründung zu § 3 Abs. 1 auf weitere 1.100 Seiten.

Eingeflossen sind zudem die FAQ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) in der Fassung von November 2021 (auch wenn diese sich im Hintergrund zu verändern scheinen).

Die sich so ergebenden vielen Zitate aus anwendungsrelevanten Quellen sind, der Übersichtlichkeit wegen, mit einem Balken am Rand gekennzeichnet.

Explizit soll hier auf die sehr guten und sehr nützlichen bisher erschienenen Handbücher zum Umgang mit Menschenrechten und Umweltrisiken von *Grabosch* (Das Neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Nomos Verlag) sowie *Hembach* (Praxisleitfaden Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Compliance Berater Schriftenreihe, dfv – Deutscher Fachverlag) und – für eher wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzungen – von *Zeisel*

(Lieferkettengesetz, Springer Gabler) hingewiesen werden. Davon wurde einiges hier eingearbeitet – die genannten Werke enthalten aber natürlich noch viele weitere nützliche Details. Berücksichtigt sind zudem gut 100 Artikel der juristischen Literatur, die bis Abschluss des Manuskripts am Tage der Vorstellung des EU-Richtlinienentwurfes (23.2.2022) erschienen sind. Bei der betreffenden Literatur hat sich der Verfasser auf solche konzentriert, die mit Nachhaltigkeit im Allgemeinen bzw dem Gesetzesvorhaben im Besonderen zu tun haben (natürlich gäbe es zu vielen Themen und Schnittstellen des Gesetzes noch mehr).

Hintergrundbedingt wird im Moment noch kein starker Fokus auf die Auswirkungen des Gesetzes für die Finanzindustrie (obwohl die Konsequenzen für die diesbezüglichen Dienstleistungen nach dem Gesetz und seiner Begründung sehr weitgehend sind, da insbesondere auch die Lieferkette in diesem Bereich sehr lang erscheint) gelegt. Zudem sind das Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht sowie der Datenschutz noch nicht aufgebohrt. Und: Das Verständnis zur Vorbereitung und Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen steht noch mehr im Vordergrund als die Befassung mit Konsequenzen bei Verstößen (Haftung, behördliche Maßnahmen, Bußgelder, vergaberechtliche Ausschlüsse etc.).

Dieses Buch stellt damit eine Momentbetrachtung aktueller Erkenntnisse dar und verzichtet bewusst auf eine detaillierte Wiedergabe der Historie der EU-Richtlinie, der Historie des deutschen Gesetzes und der vielfältigen Gesetze, Gesetzesvorhaben und Diskussionen dazu in anderen Ländern. Dies ist andernorts bereits sehr gut aufgearbeitet und darauf wird verwiesen.

Für eine nächste Auflage würde es sich vielleicht anbieten, die hier zu kurz gekommenen Passagen zu ergänzen und den Umfang des Buches im Übrigen durch Weglassen der Begründung und Änderungsbegründung zu reduzieren.

Der Autor freut sich jedenfalls über Feedback, konstruktive Kritik, positive Anregungen und gut gemeinte Tipps unter m.rothermel@taylorwessing.com.

Expliziter Dank gilt meinem Partner Sebastian Rünz, LL.M. (Toronto), für die Inspiration und den kritischen Diskurs sowie Input, insbesondere zum Thema Gap-Analyse, Risikoanalyse und Toolbox.

München, im März 2022

Martin
Rothermel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Teil A. Ziele, Historische Entwicklung und vergleichbare Initiativen in der EU und anderen Ländern

I. Gesteigerte Verantwortung

II. Compliance und Paradigmenwechsel

III. Historische Entwicklung, Kritik, Befürwortung

IV. Hinweise, Handreichungen, Verordnungen

V. Andere Länder

1. Pro Menschenrechte und contra umweltbezogene Risiken

2. Contra fremde Eingriffe

VI. EU

1. Richtlinie zu Sorgfaltspflichten

2. Holzhandel und Konfliktmineralien

a) Holzhandel

b) Konfliktmineralien

c) Entwaldung

3. Nichtfinanzielle Berichterstattung

VII. UN

Teil B. Aus dem Gesetzentwurf und dessen Begründung

I. Gesetzentwurf der Bundesregierung¹³¹

II. Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung¹³²

Teil C. Kommentierung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (vom 16. Juli 2021).

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderungen**

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderungen**

III. Kommentierung

1. Zu § 1 Abs. 1

- a) Unternehmen in Deutschland
- b) Zweigniederlassung in Deutschland
- c) Arbeitnehmer in Deutschland (im Inland)
- d) Entsandte Arbeitnehmer (ins Ausland)
- e) Anzahl Arbeitnehmer in der Regel über Schwellenwerten von 3.000 bzw. 1.000

2. Zu § 1 Abs. 2

3. Zu § 1 Abs. 3

- a) Verbundene Unternehmen und konzernangehörige Gesellschaften
- b) Berücksichtigung bei Obergesellschaft
- c) Entsandte Arbeitnehmer

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 2 Begriffsbestimmungen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 2 Abs. 1

- a) Abkommen in der Anlage (Ziff. 1 bis 14)
- b) Geschützte Rechtsposition

2. Zu § 2 Abs. 2

- a) Geschützte Rechtsposition
- b) Risiko
- c) Hinreichende Wahrscheinlichkeit
- d) Struktur der Verbotstatbestände
 - (1) Kinderarbeit
 - (2) Schlimmste Formen der Kinderarbeit
 - (3) Zwangsarbeit
 - (4) Sklaverei
 - (5) Missachtung lokaler Arbeitsschutz
 - (6) Koalitionsfreiheit

- (7) Ungleichbehandlung
- (8) Angemessener Lohn
- (9) Boden-, Gewässer-,
Luftverunreinigung und Lärmemission
sowie Wasserverbrauch
- (10) Zwangsräumung
- (11) Sicherheitskräfte
- (12) Auffangklausel

3. Zu § 2 Abs. 3

- a) Quecksilber
- b) Chemikalien, POPs
- c) Abfälle

4. Zu § 2 Abs. 4

5. Zu § 2 Abs. 5

- a) Begrifflichkeiten
- b) Lieferkette
- c) Herstellung, Dienstleistung, Handel
- d) Endkunde
- e) Erforderlich

6. Zu § 2 Abs. 6

- a) Unternehmen
- b) Tätigkeit
- c) Unternehmensziel
- d) Herstellung und Verwertung von
Produkten, Erbringung von Dienstleistungen
- e) In- und Ausland
- f) Obergesellschaft und konzernangehörige
Gesellschaft
- g) Bestimmender Einfluss – Bestimmung
- h) Lieferketten der Tochterunternehmen

7. Zu § 2 Abs. 7

8. Zu § 2 Abs. 8

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

Abschnitt 2 Sorgfaltspflichten

§ 3 Sorgfaltspflichten

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 3 Abs. 1

a) Aufzählung Ziff. 1–9, Lieferketten, Angemessenheit, Bemühenspflicht, Erfolgspflicht, Handlungspflicht, risikobasierter Ansatz

b) Sorgfaltspflichten, Due Diligence

c) In Bezug genommene Dokumente

(1) VN-Leitprinzipien von 2011 für Wirtschaft und Menschenrechte

(2) Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte von 2016

(3) OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen 2011

(4) UN OHCHR (2012): The Corporate Responsibility to Respect Human Rights. An Interpretive Guide

(5) UN OHCHR (2018): Corporate human rights due diligence – Getting started, emerging practices, tools and resources

(6) OECD (2012 bzw. 2018): OECD Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct

(7) OECD (2012): OECD-Guidance for Responsible supply Chains of Minerals from Conflict- Affected and High-Risk Areas

(8) OECD/FAO (2016), OECD-FAO Guidance for Responsible Agricultural

Supply Chains

(9) OECD (2017): OECD-Due Diligence Guidance for Meaningful Stakeholder Engagement in the Extractive Sector

(10) OECD (2018): OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains in the Garment and Footwear Sector

(11) OECD (2018): Responsible business conduct for institutional investors: Key considerations for due diligence

(12) OECD (2019): Due Diligence for Responsible Corporate Lending and Securities Underwriting: Key considerations for banks implementing the OECD Guidelines for Multinational Enterprises

2. Zu § 3 Abs. 2

a) Angemessene Weise eines Handelns

b) Kriterien

(1) Art und Umfang der Geschäftstätigkeit

(2) Einflussvermögen auf den unmittelbaren Verursacher

(3) Schwere der Verletzung, Umkehrbarkeit, Wahrscheinlichkeit

(4) Art des Verursachungsbeitrages

c) Anwendung der Kriterien

3. Zu § 3 Abs. 3

a) Keine zivilrechtliche Haftung aus dem Gesetz

b) Zivilrechtliche Haftung nach anderen Regeln

c) Internationales Privatrecht

d) Kasuistik

(1) Menschenrechte, Umwelt, Haftung

(2) Compliance und Bußgeld

e) Durchsetzung im Übrigen

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 4 Risikomanagement

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 4 Abs. 1

a) Unternehmen

b) Angemessenes und wirksames
Risikomanagement

c) Verankerung in alle maßgeblichen
Geschäftsabläufe durch angemessene
Maßnahmen

2. Zu § 4 Abs. 2

a) Maßnahmen wirksam, wenn sie
ermöglichen zu erkennen, zu minimieren, zu
verhindern, zu beenden

b) Am eigenen Standort in allen
maßgeblichen unternehmensinternen
Geschäftsabläufen

c) Verursachen oder dazu beitragen
innerhalb der Lieferkette

3. Zu § 4 Abs. 3

a) Interne Zuständigkeit

b) Empfehlung Einrichtung
Menschenrechtsbeauftragter

d) Verantwortlichkeit und Haftung des
Menschenrechtsbeauftragten

4. Zu § 4 Abs. 4

a) Interessen der Beschäftigten

b) Interessen unmittelbar Betroffener

c) Angemessene Berücksichtigung

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 5 Risikoanalyse

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 5 Abs. 1

a) Unternehmen bzw. Unternehmensleitung

b) Quellen und Vorgehensweise

(1) Quellen

(2) Einzelne Indices

(3) Vorgehensweise

c) Zeitpunkt

d) Eigener Geschäftsbereich

e) Unmittelbarer Zulieferer

f) Umgehung durch missbräuchliche Gestaltung

2. Zu § 5 Abs. 2

a) Angemessene Gewichtung und Priorisierung

b) Vertiefung und Informationsbeschaffung bei Priorisierung

3. Zu § 5 Abs. 3

a) Unternehmen bzw. Unternehmensleitung

b) Interne Kommunikation

c) Entscheidungsträger, Vorstand, Einkauf

4. Zu § 5 Abs. 4

a) Unternehmen

b) Wiederholung und anlassbezogene Durchführung

c) Erkenntnisse aus Beschwerdeverfahren

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 6 Grundsaterklärung und weitere Präventionsmaßnahmen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zur Überschrift

2. Zu § 6 Abs. 1

a) Unternehmen

b) Feststellung eines Risikos in Risikoanalyse

c) Unverzügliche angemessene Präventionsmaßnahmen

3. Zu § 6 Abs. 2

a) Unternehmen bzw. Unternehmensleitung, Adressaten

b) Grundsatzklärung

(1) Verfahrensbeschreibung

(2) Prioritäre Risiken

(3) Erwartungen an Beschäftigte und Zulieferer

4. Zu § 6 Abs. 3

a) Unternehmen

b) Angemessene Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

(1) Umsetzung der Grundsatzklärung

(2) Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und

(3) Schulungen

(4) Risikobasierte Kontrollmaßnahmen

5. Zu § 6 Abs. 4

a) Unternehmen

b) Angemessene Präventionsmaßnahmen gegenüber unmittelbarem Zulieferer

(1) Berücksichtigung der Erwartung bei Auswahl

- (2) Vertragliche Zusicherung zur Einhaltung der Erwartung und Adressierung entlang der Lieferkette
- (3) Schulungen und Weiterbildungen
- (4) Angemessene vertragliche Kontrollmechanismen

6. Zu § 6 Abs. 5

- a) Unternehmen
- b) Jährliche Überprüfung
- c) Anlassbezogene Überprüfung
- d) Erkenntnisse aus Beschwerdeverfahren
- e) Bußgeld

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 7 Abhilfemaßnahmen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 7 Abs. 1

- a) Unternehmen
- b) Feststellung eingetretener oder unmittelbar bevorstehender Verletzung im eigenen Geschäftsbereich oder bei unmittelbarem Zulieferer
- c) Unverzögliche Angemessene Abhilfemaßnahmen um zu verhindern, beenden oder minimieren
- d) Missbräuchliche Umgehung
- e) Eigener Geschäftsbereich im Inland: Beendigung
- f) Eigener Geschäftsbereich im Ausland oder bei Konzerngesellschaft: in der Regel Beendigung

2. Zu § 7 Abs. 2

- a) Unternehmen

b) Bei unmittelbarem Zulieferer nicht in absehbarer Zeit beendbar: Unverzögliches Konzept zur Beendigung oder Minimierung mit konkretem Zeitplan

3. Zu § 7 Abs. 3

a) Befähigung vor Rückzug
b) Nicht ratifizierte Abkommen, Einschränkungen Außenwirtschaftsverkehr

4. Zu § 7 Abs. 4

a) Unternehmen
b) Jährliche Überprüfung
c) Anlassbezogene Überprüfung
d) Erkenntnisse aus Beschwerdeverfahren

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 8 Beschwerdeverfahren

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 8 Abs. 1

a) Unternehmen
b) Angemessenes unternehmensinternes Beschwerdeverfahren
c) Personen, die auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken hinweisen
d) Wirtschaftliches Handeln im eigenen Geschäftsbereich oder unmittelbarer Zulieferer
e) Hinweise auf wirtschaftliches Handeln eines mittelbaren Zulieferers
f) Bestätigung Hinweis
g) Erörterung mit Hinweisgebern, Verfahren einvernehmlicher Beilegung
h) Beteiligung an externem Beschwerdeverfahren

i) Bußgeld

2. Zu § 8 Abs. 2

a) Unternehmen

b) Öffentlich zugängliche
Verfahrensordnung in Textform

3. Zu § 8 Abs. 3

a) Unternehmen

b) Unparteilichkeit, Unabhängigkeit,
Weisungsungebunden, Verschwiegen

4. Zu § 8 Abs. 4

a) Unternehmen

b) Öffentliche Informationen zu
Erreichbarkeit, Zuständigkeit, Durchführung

c) Zugänglichkeit, Vertraulichkeit, Schutz
vor Benachteiligung oder Bestrafung

5. Zu § 8 Abs. 5

a) Unternehmen

b) Jährliche Überprüfung, Aktualisierung,
Bußgeld

c) Anlassbezogene Überprüfung

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 9 Mittelbare Zulieferer; Verordnungsermächtigung

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 9 Abs. 1

a) Unternehmen

b) Einrichten Beschwerdeverfahren auch für
mittelbare Zulieferer und deren
wirtschaftliches Handeln

2. Zu § 9 Abs. 2

a) Unternehmen

b) Anpassen Risikomanagement

3. Zu § 9 Abs. 3

a) Unternehmen

b) Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die Verletzung möglich erscheinen lassen (substantiierte Kenntnis)

(1) Aufgreifschwelle

(2) Quellen

(3) Adressat

c) Anlassbezogene und unverzügliche Maßnahmen

(1) Risikoanalyse

(2) Angemessene Präventionsmaßnahmen gegenüber dem Verursacher wie Kontrolle, Vorbeugungs- und Vermeidungsunterstützung, branchenspezifische oder branchenübergreifende Initiative

(3) Konzept zur Verhinderung, Beendigung oder Minimierung erstellen und umsetzen

(4) Grundsaterklärung aktualisieren

4. Zu § 9 Abs. 4

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

§ 10 Dokumentations- und Berichtspflicht

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 10 Abs. 1

a) Unternehmen

b) Fortlaufende unverzügliche Dokumentation

c) Aufbewahrung

2. Zu § 10 Abs. 2

a) Unternehmen

b) Darlegung

c) Handlungspflicht, Bußgeld

3. Zu § 10 Abs. 3

4. Zu § 10 Abs. 4

IV. Auswirkungen auf Lieferkette

Abschnitt 3 Zivilprozess

§ 11 Besondere Prozessstandschaft

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 11 Abs. 1

a) Überragend wichtige geschützte
Rechtsposition

b) Geltend machen, verletzt zu sein

c) Ermächtigung zur Prozessführung

d) Gerichtliche Geltendmachung der Rechts

2. Zu § 11 Abs. 2

Abschnitt 4 Behördliche Kontrolle und Durchsetzung

Unterabschnitt 1 Berichtsprüfung

§ 12 Einreichung des Berichts

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 12 Abs. 1

2. Zu § 12 Abs. 2

§ 13 Behördliche Berichtsprüfung;

Verordnungsermächtigung

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 13 Abs. 1

2. Zu § 13 Abs. 2

3. Zu § 13 Abs. 3

Unterabschnitt 2 Risikobasierte Kontrolle

§ 14 Behördliches Tätigwerden;

Verordnungsermächtigung

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 14 Abs. 1

a) Tätigwerden von Amts wegen und Ermessen

b) Kontrolle

c) Feststellung, Beseitigung, Verhinderung von Pflichtverstößen

d) Tätigwerden auf Antrag

2. Zu § 14 Abs. 2

a) Rechtsverordnung

b) Risikobasierter Ansatz

§ 15 Anordnungen und Maßnahmen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Anordnungen und Maßnahmen

a) Laden

b) Aufgeben Plan vorzulegen

c) Handlungen aufgeben

2. Durchsetzung

§ 16 Betretensrechte

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Befugnis

a) Betreten und Besichtigen

b) Unterlagen einsehen und prüfen

2. Durchsetzung

§ 17 Auskunfts- und Herausgabepflichten

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 17 Abs. 1

2. Zu § 17 Abs. 2

3. Zu § 17 Abs. 3

§ 18 Duldungs- und Mitwirkungspflichten

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Duldung

2. Mitwirkung Inhaber und
Unternehmensvertreter

3. Durchsetzung

Unterabschnitt 3 Zuständige Behörde, Handreichungen,
Rechenschaftsbericht

§ 19 Zuständige Behörde

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 19 Abs. 1

2. Zu § 19 Abs. 2

§ 20 Handreichungen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

§ 21 Rechenschaftsbericht

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 21 Abs. 1

2. Zu § 21 Abs. 2

Abschnitt 5 Öffentliche Beschaffung

§ 22 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

Abschnitt 6 Zwangsgeld und Bußgeld

§ 23 Zwangsgeld

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

§ 24 Bußgeldvorschriften

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

III. Kommentierung

1. Zu § 24 Abs. 1

a) Vorsatz oder Fahrlässigkeit

b) Verstöße

2. Zu § 24 Abs. 2

a) Ahndung

b) Anwendung § 30 Abs. 2 Satz 3 OwiG

3. Zu § 24 Abs. 3

4. Zu § 24 Abs. 4

5. Zu § 24 Abs. 5

Anlage (zu § 2 Absatz 1, § 7 Absatz 3 Satz 2) – Übereinkommen

I. Amtliche Begründung – Entwurf*

II. Amtliche Begründung – Änderung**

Literaturverzeichnis

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
Ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band

BeckOK	Beck'scher Online-Kommenta
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance-Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDP	Carbon Disclosure Project
CDSB	Climate Disclosure Standards Board
CMS	Compliance-Management-Systeme
CSR	Corporate Social Responsibility
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
CTA	Customs-Tariff-Act
CSR	Corporate Social Responsibility

ders./dies.	derselbe/dieselbe(n)
DfA	Dodd-Frank-Act
d.h.	das heißt
EG	Europäische Gemeinschaft
ESRS	European Sustainability Reporting Standards
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
f.	folgende
FAQ	Frequently Asked Questions
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FTE	Full Time Equivalent
ggf.	gegebenenfalls
GRI	Global Reporting Initiative
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwuchsegesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HRIA	Human Rights Impact Assessment

h.M.	herrschende Meinung
IASB	International Accounting Standards Board
IIRC	International Integrated Reporting Council
i.V.m.	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Komm.	Kommission
LG	Landgericht
Mio.	Millionen
MNU	Multinationale Unternehmen
Mrd.	Milliarden
MSA	Modern Slavery Act
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NFRD	Non-Financial Reporting Directive
NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer

NRO	Nichtregierungsorganisation
o.Ä.	oder Ähnliches
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
POP	Persistent Organic Pollutants
RAW	Recht Automobil Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SASB	Sustainability Accounting Standards Board
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
TCFD	Task Force on Climatedrelated Financial Disclosures
TG	Transparenzgesetz
TVPA	Trafficking Victims Protection Act

Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
v.	von, vom
VerSanG	Verbandssanktionengesetz
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WBRL	Whistleblowing-Richtlinie
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
z.T.	zum Teil

Teil A. Ziele, Historische Entwicklung und vergleichbare Initiativen in der EU und anderen Ländern

1

Vielfach überraschend hat der deutsche Gesetzgeber in einer von Wahlkampf und anderen Krisen geprägten Zeit am 11.6.2021 beschlossen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu erlassen. So kam es am 16.7.2021 zu dessen Ausfertigung und am 22.7.2021 zu dessen Veröffentlichung. Neben den vorgenannten politischen „Herausforderungen“ in der genannten Zeit stand starker Lobbyismus mit massiven finanziellen Befürchtungen dem von Nachhaltigkeitsbestrebungen geprägte Gesetz im Weg. Die Historie (dazu sogleich) ist also interessant und das Ergebnis durchaus überraschend. Die Bestrebungen einer ähnlichen „EU-Gesetzgebung“ waren ebenfalls schon länger vorhanden und haben tatsächlich am 23.2.2022 zum Entwurf einer EU-Richtlinie geführt (dazu sogleich), welche sich mehr oder weniger stark an das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz anlehnt, aber natürlich an einigen Stellen darüber hinausgeht (siehe unten → Rn. 26ff.). Zwar gibt es auch in anderen Ländern partiell ähnliche Überlegungen oder gar Regelungen (siehe unten → Rn. 24); das deutsche Gesetz dürfte aber im Moment die Tabellenführung im internationalen Nachhaltigkeitsgesetzgebungsranking verdienen. Die mit dem Gesetz verfolgten Ziele sind tadellos. Dem Gesetz selbst fehlt vielleicht „der letzte Schliff“, d.h. eine stringente Interpretation fällt aufgrund einiger Redundanzen, Definitionsmängel und unklarer Begrifflichkeiten schwerer als nötig. Die Entscheidung des Gesetzgebers, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in den Begriffsbestimmungen zu verkürzen sowie gleichzeitig mit Verweis auf Übereinkommen in der Anlage zu